

Angesichts der kritischen Verfassung vieler staatlicher Unternehmen plant die Regierung umfassende Reformmaßnahmen zur Sanierung der Staatsindustrie. Nicht mehr sanierfähige Betriebe sollen geschlossen, andere zu überlebensfähigen Einheiten fusioniert werden. "Reformwilligen" Betrieben gewährt die Regierung bestimmte Vergünstigungen, wie z.B. zinsfreie Kredite und Gelder für Umschulungsmaßnahmen der freigesetzten Belegschaft. Darüber hinaus stellt Beijing 30 Mrd. Yuan zur Begleichung nicht rückzahlungsfähiger Schulden den Staatsunternehmen zur Verfügung.

Die oben genannten Maßnahmen sollen vorab in 100 "Pilot"-Städten durchgeführt werden. Die jeweiligen administrativen Stellen haben Beijing Konkurs- bzw. Fusionierungsanträge von Staatsunternehmen zur Bewilligung vorzulegen. Unternehmen, die Konkursverfahren beantragen, müssen sich um neue Arbeitsplätze für ihre Angestellten kümmern. Übergeordnete Einheiten, die mit untergeordneten fusionieren, haben die Schulden der letzteren innerhalb von fünf Jahren zu begleichen. (SCMP, 31.01.97) -schü-

*(24)

Emissionen von Staats- und Unternehmensobligationen 1997

Das Finanzministerium kündigte an, im Zeitraum 1.3. bis 20.10.97 ein Volumen von 123 Mrd. Yuan Staatsanleihen zu emittieren. Vom Gesamtvolumen werden 73 Mrd. Yuan als Anleihen mit einer Laufzeit von drei Jahren und einer Verzinsung von jährlich 9,18% begeben werden. Jeweils 25 Mrd. Yuan werden als zweijährige und als fünfjährige Anleihen mit Zinssätzen von 8,64% bzw. von 10,17% emittiert. Im Vergleich zu den Zinssätzen für Bankeinlagen mit entsprechenden Laufzeiten liegen die Zinsen für die Anleihen um 0,72, 1,17 sowie 0,9 Prozentpunkte höher.

Die Anleihen sind nicht handelbar an den Wertpapierbörsen. Einzelinvestoren können die Anleihen bei den vier staatseigenen Geschäftsbanken, der Industrial and Commercial Bank, der Agricultural Bank of China, der China Construction Bank und der Bank of China, kaufen.

Dies ist bereits die zweite Emission von Regierungsanleihen in diesem Jahr. Zwischen dem 22.1. und dem 17.2.97 wurden Staatsanleihen mit einem Vo-

lumen von 20 Mrd. Yuan und einer Laufzeit von zwei Jahren emittiert. Für das gesamte Jahr 1997 ist eine Emission von Regierungsanleihen in Höhe von rd. 250 Mrd. Yuan vorgesehen, also nochmals eine Steigerung gegenüber den 196 Mrd. Yuan Staatsanleihen, die 1996 begeben wurden.

Liu Jinbin, stellvertretender Finanzminister, forderte Ende Februar 1997, daß die Kaufanreize für Einzelinvestoren am Anleihenmarkt erhöht werden müßten. Stärker als bisher sollten die Ersparnisse der Haushalte für Schlüsselinvestitionsprojekte genutzt werden. Da dadurch weniger Geld in den Konsumgütermarkt fließen bzw. aus dem Geldkreislauf gezogen würde, seien auch zusätzliche positive Wirkungen hinsichtlich der Inflationsentwicklung damit verbunden. (XNA, 19.2.97; AWSJ, 28.2.97)

Auch für die stärkere Ausweitung von Emissionen im Ausland hat die chinesische Regierung grünes Licht gegeben. So kann die State Development Bank in diesem Jahr auf dem Anleihenmarkt in den USA (Yankee-Bond-Markt) ein Volumen von 330 Mio. US\$ emittieren. Die Anleihe hat eine Laufzeit von 10 Jahren und einen Zinssatz von 7,375%. Diese Verzinsung spiegelt die hohe Kreditwürdigkeit dieser Staatsbank wider, die mit der des Finanzministeriums gleichgesetzt wird. Die Bank hat von Moody's Investors Service eine Bewertung von A3 bekommen und von Standard & Poor's Corp. eine Bewertung von BBB. Vom Gesamtvolumen werden 60% der Anleihe auf dem US-Markt plaziert und 40% auf den Märkten in Europa und in Asien. (SCMP, 31.1.97)

Es wird damit gerechnet, daß sich das Gesamtvolumen des in diesem Jahr auf ausländischen Märkten aufgenommenen Kapitals auf ungefähr 18 Mrd. US\$ belaufen wird. Um die notwendigen Mittel für den Ausbau der Infrastruktur zu haben, sollen auch die anderen staatseigenen Banken dazu aufgefordert werden, sich um den Verkauf von Schuldverschreibungen auf internationalen Märkten zu bemühen. (SCMP, *Business Post*, 27.1.97)

Zu Ende Februar wurden außerdem Unternehmensobligationen angeboten. Es handelt sich hierbei um Anleihen der China Petrochemical Corp. mit einem Volumen von 1,34 Mrd. Yuan sowie Anleihen der Jilin Chemical Industry Group (Jihua Group) mit einem Wert von rd. 1 Mrd. Yuan. Beide Unterneh-

mensanleihen sollen auf eine hohe Nachfrage am Markt getroffen sein. (XNA, 26.2.97)

Die Jilin Chemical Industry Group, die in der nordöstlichen Provinz Jilin ihren Sitz hat, benötigt zusätzliche Finanzmittel für die Ausweitung der Ethylenproduktion um zusätzlich 300.000 t. Die dreijährige Unternehmensanleihe wird an der Shanghaier Wertpapierbörse emittiert und weist eine jährliche Verzinsung von 11% auf. (XNA, 19.2.97)

Die China Petrochemical Corp. plant die Finanzierung eines petrochemischen Projektes. Die hierfür begebene Anleihe hat ebenfalls eine Laufzeit von drei Jahren und eine Verzinsung von 11%. (SCMP, 22.2.97)

Für Ende Februar ist auch eine weitere Emission von Schuldverschreibungen zur Finanzierung des Drei-Schluchten-Staudamms am Yangzi geplant. Vorgeesehen ist ein Volumen von rd. 1 Mrd. Yuan (120,2 Mio. US\$); der Emittent ist die China Yangtze Three Gorges Project Development Corp. (CTGPC). Die Laufzeit der Schuldverschreibungen wird mit drei Jahren angegeben. Der Jahrescoupon beträgt 11%; eine Inflationsanpassung ist nicht vorgesehen. Der Kauf der Schuldverschreibungen erfolgt auf freiwilliger Basis; die Titel sind nach Abschluß der Emission an der Wertpapierbörse in Shanghai handelbar oder können als Hypotheken verwendet werden. (NZZ, 20.2.97; XNA, 28.2.97) -schü-

Taiwan

*(25)

Reaktion auf Deng Xiaopings Tod

Auf den Tod von Beijings Seniorführer Deng Xiaoping hat Taiwan bislang gelassen reagiert. Die häufigen Spekulationen über Dengs Gesundheit früher veranlaßten die Regierung Taipei vor zwei Jahren, eine "Anping Xiaozu" (Gruppe für Sicherheit und Frieden) zu gründen. Sie erfuhr nach eigenen Angaben schon eine Stunde nach Dengs Tod, d.h. vor Beijings offizieller Bekanntgabe, die Nachricht durch den taiwanesischen Geheimdienst. Die Reaktion der Regierung lief daraufhin nach dem geplanten Szenario ab. (XXW, 23.2.-1.3.97, S. 23f) Es fand

keine Krisensitzung statt, und abgesehen von den unmittelbar vor dem chinesischen Festland liegenden Frontinseln wurden die Streitkräfte in Taiwan nicht in außerordentlichen Alarm gesetzt. Man erwartete keine neuen Spannungen in der Taiwan-Straße.

Zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße herrscht z.Z. ein "kalter Frieden". Es gibt nach wie vor keine direkten Verbindungen auf Regierungsebene, sondern nur inoffizielle Kontakte zwischen zwei "privaten" (halbamtlichen) Institutionen, die Straits Exchange Foundation (SEF) auf der taiwanesischen Seite und die Association for Relations Across the Taiwan Strait (ARATS) auf Beijings Seite. Zum Tod Dengs faxte die SEF einen Kondolenzbrief an die ARATS. Zahlreiche führende Politiker Taiwans einschließlich des Vizestaats- und Ministerpräsidenten Lian Zhan (Lien Chan) bezeugten den Familienangehörigen des Gestorbenen öffentlich ihren Beileid. Sie priesen seine Wirtschaftsreformen und appellierten an seinen Nachfolger, die Beziehungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße zu verbessern. (ZYRB, LHB u. CP, 20.-21.2.97) Beijing, das nach wie vor die Alleinvertretung für Gesamtchina einschließlich Taiwans beansprucht, hatte aus Protest gegen die USA-Reise von Li Denghui (Lee Teng-hui), dem Präsidenten der Republik China (Taiwan), im Sommer 1995 die Verhandlungen zwischen der SEF und ARATS suspendiert.

Li Denghui meinte in einem Gespräch mit leitenden Redakteuren wichtiger einheimischer Zeitungen und Fernsehsender am 21. Februar, daß die politische Lage auf dem chinesischen Festland nach Dengs Tod nicht unbedingt optimistisch zu bewerten sei. Er bezweifelt die Stabilität der politischen Führung von Jiang Zemin, ein Machtkampf sei in Beijing nicht auszuschließen. Erst nach dem anstehenden 15. Parteitag der KPCh im kommenden Oktober könne sich eine neue Machtkonstellation in Beijing herauskristallieren. Eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der SEF und ARATS sei vor Ende 1997 und Anfang 1998 unwahrscheinlich. Pessimistisch äußerte sich Li Denghui auch über die Zukunft Hongkongs nach dessen Übergabe an Beijing am 1. Juli d.J. Er glaubt nicht daran, daß die hocheffiziente kapitalistische Gesellschaft Hongkongs unter dem Einfluß der Kommunisten weiter aufrechterhalten werden kann. (LHB, CP u. ZYRB, 22.2.97) -ni-

*(26)

Dubiose Beziehungen zu Liberia

Am 24. Januar erklärte die Vorsitzende des liberianischen Staatsrats, Ruth Sando Perry, daß ihre Regierung diplomatische Beziehungen nur mit Beijing, nicht mit Taipei unterhalte. Zugleich "suspendierte" sie die Mission des liberianischen Botschafters John Cummings in Taiwan. Die Erklärung erfolgte kurz nach der Einrichtung der Botschaft und einen Tag nach dem Besuch des liberianischen Vizepräsidenten Charles Taylor auf der Insel. Die Kompetenz von Perry zu so einer Erklärung wird sowohl vom Taipeier Außenministerium als auch von Botschafter Cummings bezweifelt, denn sie seien nach ihren Angaben von der liberianischen Regierung offiziell nicht informiert worden. Angeblich soll die Erklärung über den liberianischen Honorarkonsul Rothchild in den USA per Fax an Taiwans Presse gesandt worden sein. (ZYRB, 26.2.97; LHB u. CP, 25.2.97) Man vermutet, daß es innerhalb der von verschiedenen politischen Kräften gebildeten Übergangsregierung des westafrikanischen Staats erneut Streit um die Chinapolitik gibt.

In der Vergangenheit hat Liberia wie viele andere afrikanische Staaten in ihrer Chinapolitik mehrmals zwischen Taipei und Beijing gependelt: Im Februar 1977 Frontwechsel von Taipei zu Beijing und Oktober im 1989 wieder von Beijing zu Taipei. Kurz danach brach der Bürgerkrieg in Liberia aus. Am 10. August 1993 erklärte die Provisorische Regierung unter dem Militärmachthaber Amos Sawyer die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Beijing; andererseits wurden durch Unterstützung des Kriegsherrn Taylor die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan nicht abgebrochen. Taiwanesischen Pressemeldungen zufolge unterhalten sowohl Taipei als auch Beijing eine Botschaft in Liberia, das auch Botschaften in beiden Chinas hat. Nach seiner Rückkehr aus Taiwan erklärte Taylor auf einer Tagung seiner Patriotischen Partei, die Regierung Taipei habe Entwicklungshilfe in Höhe von 500 Mio. US\$ an Liberia für den Wiederaufbau des Landes nach dem siebenjährigen Bürgerkrieg zugesagt. Taiwans Außenminister Zhang Xiaoyan (John Chang) dementierte zwar die gigantische Summe, leugnete aber nicht die Bereitschaft seiner Regierung, zur Festigung der diplomatischen Beziehungen Finanzhilfe an Liberia zu gewähren. (CP u. LHB, 28.2.97)

Liberia ist der einzige Staat, der mit zwei chinesischen Regierungen diplomatische Beziehungen unterhält. Ende November des vergangenen Jahres erklärte Südafrika, seine diplomatischen Beziehungen mit Taiwan Ende 1997 auflösen zu wollen und am 1. Januar 1998 die VR China anzuerkennen (siehe dazu C.a., 1996/12, Ü 19). Einschließlich Liberias und Südafrikas unterhält Taiwan jetzt noch diplomatische Beziehungen mit insgesamt 30 Staaten, davon 9 in Afrika. Um einen Dominoeffekt des südafrikanischen Frontwechsels zu verhindern, unternahm Außenminister Zhang innerhalb von zwei Monaten zwei Afrikareisen. Nach der Tour vom letzten Dezember besuchte er vom 12. bis 31. Januar Malawi, Swasiland, Südafrika, Gambia, Guinea Bissau, Senegal und Burkina Faso. Zur gleichen Zeit stattete auch Beijings Außenminister Qian Qichen sechs afrikanischen Staaten Besuche ab. -ni-

*(27)

Weiter an deutsche U-Boote interessiert

Präsident Li Denghui (Lee Teng-hui) hat am 24. Januar ein Interview für das deutsche Fernsehen ARD gegeben, das am 3. Februar in Deutschland ausgestrahlt und am folgenden Tag auch in der taiwanesischen Presse ausführlich verbreitet wurde. Auf die Frage des Korrespondenten Robert Hetkämper über das Interesse Taiwans an deutschen U-Booten sagte Li, das Fehlen von U-Booten sei das größte Problem für die Verteidigung Taiwans als einer Insel im Meer. Im Falle eines militärischen Konflikts in der Taiwan-Straße fürchte Taiwan vor allem eine Seeblockade. Daher brauche Taiwan für seine Sicherheit dringend U-Boote. Seit langem gebe es Gespräche über den Kauf von U-Booten zwischen Taiwan und Deutschland, aber die deutsche Regierung sei bisher im Hinblick auf den Druck von Beijing dazu nicht bereit. Er hoffe sehr, daß die Gespräche weiter geführt und Deutschland dem Geschäft doch noch zustimmen werden. (ZYRB, LHB u. CP, 4.2.97; *Taiwan Aktuell*, München, 17.2.97)

Wie berichtet (C.a. 1993/1, Ü 51), hatte Taiwan Anfang der 90er Jahre einen Auftrag über 10 U-Boote vom Typ 209 und 10 Fregatten der Klasse MEKO im Gesamtwert von 12,5 Mio. DM an die Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW) in Norddeutschland anvisiert. Die Verhandlungen wurden jedoch

durch ein Veto des Bundessicherheitsrats in Bonn am 28. Januar 1993 gestoppt. Daß die Taipeier Regierung das Thema wieder aufgreift, hat einem Bericht der FAZ (25.2.97) zufolge den Grund, daß die Marine der VR China in wachsender Zahl russische Kriegsschiffe in Dienst stellt. Damit verschiebt sich nach taiwanesischer Beurteilung das Gleichgewicht in der Taiwan-Straße zunehmend zugunsten von Beijing. Für die Verteidigung der Küsten Taiwans seien schon jetzt mindestens 10 U-Boote nötig.

Anfang der 80er Jahre hatte Taiwan zwei U-Boote von den Niederlanden erworben, woraufhin Beijing die diplomatischen Beziehungen zu den Haag auf Geschäftsträgerebene herabgesetzt hatte. Auf die Lieferung Frankreichs von 60 Kampfflugzeugen des Typs Mirage 2000-5 und anderen Waffen im Wert von 3,5 Mrd. US\$ an Taiwan im Jahre 1992 reagierte Beijing mit der Schließung des französischen Generalkonsulats in Guangzhou (Kanton). Ein Jahr zuvor hatte Frankreich schon sechs Fregatten der Lafayette-Klasse im Wert von 2 Mrd. US\$ an Taiwan verkauft, und seit kurzem wird wieder über Verhandlungen zur Lieferung von französischen Luftabwehrraketen und Panzerfahrzeugen an Taiwan berichtet. Während Paris eine Einfrierung neuer Waffengeschäfte mit Taiwan erklärte, sagte ein Offizier des Verteidigungsministeriums in Taipei, der Verhandlungskanal sei noch nicht geschlossen. (SCMP, 13.2.97) -ni-

Hongkong und Macau

*(28)

Fast alle Spitzenbeamte der Hongkonger Regierung verbleiben beim Machtwechsel im Amt

Am 20. Februar stellte Tung Chee-hwa (Dung Jianhua), der designierte Regierungschef von Hongkong als chinesische Sonderverwaltungszone (SVZ) nach der anstehenden Übergabe der britischen Kolonie an Beijing am 1. Juli d.J., sein Team von 23 Spitzenbeamten vor. Unter ihnen gibt es nur zwei neue Gesichter: Als neue Justizsekretärin (Secretary of Justice) wird Frau Elisie Leung Oi-sie (Liang Aishi, 57) den jetzigen Amtsinhaber Attorney-General Jeremy Mathews ablösen, der als briti-

scher Staatsangehöriger nach den Vorschriften des chinesischen Grundgesetzes für die SVZ Hongkong die hohe Position nach dem Machtwechsel nicht mehr behalten darf. Ferner wird der amtierende Leiter der Kommission für Korruptionsbekämpfung (Independent Commission Against Corruption), Michael Leung Man-kin, im April d.J. in den Ruhestand treten, ihm folgt im Amt Frau Lily Yam Kwan Pui-ying (Guan Peiying).

Die Personalentscheidung, die von Tung initiiert und von Beijing gebilligt wurde, ist in Hongkong allgemein begrüßt worden, weil sie eine Kontinuität der Verwaltung bedeutet, die das Vertrauen der Bevölkerung verstärken und damit einen reibungslosen Übergang gewährleisten kann. Auch der noch amtierende britische Gouverneur Chris Patten zeigte Genugtuung, daß sein Regierungsteam von den Chinesen übernommen wird. Er ist wegen seiner politischen Reformen zur drastischen Demokratisierung der Kolonie vor der Übergabe mit Beijing tief verfeindet.

Die Struktur der künftigen Regierung der chinesischen SVZ zeigt im Grunde ebenfalls keine Veränderung gegenüber der jetzigen Verwaltung. Lediglich einige Behörden haben eine neue Bezeichnung.

Im folgenden eine Liste der künftigen SVZ-Regierung mit englischen Amtsbezeichnungen (in Klammern Namen nach der offiziellen Hanyu Pinyin-Umschrift):

Chief Executive	Tung Chee-hwa (Dong Jianhua, 60)
Administrative Secretary	Anson Chan Fang On-Sang* (Chen-Fang Ansheng, 56)
Financial Secretary	Donald Tsang Yam-kuen (Zeng Yinquan, 52)
Secretary of Justice	Elsie Leung Oi-sie* (Liang Aishi, 57)
Secretary for the Civil Service	Lam Woon-kwong (Lin Huanguang, 45)
Secretary for Security	Peter Lai-Hing-ling (Li Qingning, 45)
Secretary for Education and Manpower	Joseph Wong Wing-ping (Wang Yongping, 48)
Secretary for Health and Welfare	Katherine Fok Lo Shiu-ching* (Luo Zhaozhen, 55)
Secretary for Planning, Environment and Lands	Bowen Leung Po-wing (Liang Baorong, 47)
Secretary for Broadcasting, Culture and Sport	Brian Chau Tak-hay (Zhou Dexi, 54)
Secretary for Transport	Gordon Siu Kwing-chue (Xiao Jiongzhu, 50)
Secretary for Home Affairs	Michael Suen Ming-Yeung (Sun Mingyang, 52)

Secretary for Electoral Affairs	Nicholas Ng Wing-fui (Wu Rongkui, 50)
Secretary for Economic Services	Stephen Ip Shu-kwan (Ye Shukun, 45)
Secretary for Treasury	Kwong Ki-chi (Kuang Qizhi, 45)
Secretary for Financial Services	Rafael Hui Si-yan (Xu Shiren, 48)
Secretary for Trade and Industry	Denise Yue Chung-ye* (Yu Zongyi, 44)
Secretary for Works	Benedict Kwong Hon-sang (Kuang Hansheng, 58)
Secretary for Housing	Dominic Wong Shing-wah (Huang Xinghua, 54)
Commissioner Against Corruption	Lily Yam Kwan Pui-ying* (Guan Peiying, 51)
Commissioner of Police	Eddie Hui Ki-on (Xu Qian, 54)
Director of Immigration	Regina Ip Lau Suk-ye* (Ye-Liu Shuyi, 46)
Commissioner of Customs and Excise	Lawrence Li Shu-fai (Li Shuhui, 54)
Director of Audit	Dominic Chan Yin-Tat (Chen Yanda, 53)

* weiblich

(SCMP, 21.2.97; AWSJ, 21./22.2.97; DGB, 22.2.97) -ni-

*(29)

Besuch des portugiesischen Präsidenten in Macau

Der portugiesische Präsident Jorge Sampaio hielt sich vor seinem China-besuch vom 18. bis 23. Februar zu Besuch in Macau auf. Die Enklave Portugals wird nach der Vereinbarung zwischen Lissabon und Beijing 1999 an China zurückgegeben. Im Vergleich zur britischen Kolonie Hongkong, deren Übergabe an China am 1. Juli d.J. bevorsteht, verlaufen die sino-portugiesischen Verhandlungen bislang relativ reibungslos. Sampaio mahnte in seiner Rede vor dem Parlament Macaus, mit der neuen Gesetzgebung zu Menschenrechtsfragen vorsichtig umzugehen, um die Regierung in Beijing nicht zu verärgern. Die Realität und die chinesischen Wertvorstellungen seien zu berücksichtigen, meinte er.

Das größte Problem beim Machtwechsel in Macau ist die Nationalitätsfrage der einheimischen Bevölkerung mit portugiesischer Staatsangehörigkeit. Ferner will Beijing offensichtlich eine Aufrechterhaltung der Beziehungen der katholischen Kirche in Macau mit dem Papst nicht gutheißen. Die Chinesen sind angeblich "sehr zornig" über die Gründung einer Katholischen Universität in Macau ohne vorherige Konsultation mit ihnen. (SCMP, 20.2.97; SWB, 28.2.97) -ni-